

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 36/0019/WP18
Federführende Dienststelle: Fachbereich Klima und Umwelt		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	08.01.2021
		Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2020			
Ziele:			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
26.01.2021	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.12.2020.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folgekoste n (alt)	Folgekost en (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

keine positiv negativ nicht eindeutig

--	--	--	--

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

gering mittel groß nicht ermittelbar

--	--	--	--

Zur Relevanz der Maßnahme für die
Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

keine positiv negativ nicht eindeutig

--	--	--	--

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig**
- überwiegend (50% - 99%)**
- teilweise (1% - 49 %)**
- nicht**
- nicht bekannt**

Erläuterungen:

Der Ausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.12.2020.

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und
Klimaschutz**

7. Januar 2021

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.12.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Paul-Küpper-Platz 1, Bezirksamt Brand

Anwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Achim Ferrari

Vertretung für: Ratsherr Jöran
Stettner

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Dipl.-Ing Jörg Bogoczek

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Holger Kiemes

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 1/14

Herr Ralf Demmer
Herr Sven Dohmen
Frau Dr. Anja Fitter
Herr Martin Knörzer
Herr Dr. Andreas Nositschka
Herr Klaus-Dieter Schlupp
Herr Gero Matthias Schuch
Frau Barbara Stockem
Herr Dieter Formen
Frau Rosemarie Seidenberg

Abwesende:

Ratsherr Jöran Stettner entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Markus Kremer

Herr Klaus Meiners

Frau Elfi Buchkremer

Frau Ilse Stollenwerk

Frau Claudia Hermanns

Herr Nils Lapp

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 2/14

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Bestellung einer Schriftführerin sowie eines stellvertretenden Schriftführers für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz**
Vorlage: FB 36/0001/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 06.10.2020**
Vorlage: FB 36/0002/WP18

- 4 **20. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen**
hier: Gebührenanpassung
Vorlage: FB 60/0002/WP18

- 5 **23. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen**
hier: notwendige Anpassung der Gebührenhöhe
Vorlage: FB 60/0001/WP18

- 6 **Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award**
Vorlage: FB 36/0003/WP18

- 7 **Sachstandsbericht Baumpflanzungen im Straßenraum**
Vorlage: FB 36/0006/WP18

- 8 **Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie**
Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2020
hier- Verabschiedung des Lärmaktionsplans Aachen, 3. Runde
Vorlage: FB 36/0007/WP18

- 9 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsjahr 2020; Produkt 021501, Brandbekämpfung: Instandsetzung eines Löschfahrzeugs**
Vorlage: FB 37/0001/WP18
- 10 **Sachstandsbericht "Umsetzung Maßnahmen IKSK" gemäß Tagesordnungsantrag der Grünen-Fraktion vom 24.11.2020**
Vorlage: FB 36/0008/WP18
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit im Bereich Aus- und Fortbildung von Rettungsdienstpersonal sowie der Gestellung von Notärztinnen und Notärzten einschließlich eines Ärztlichen Leiters bzw. einer Ärztlichen Leiterin Rettungsdienst:**
Vorlage: FB 37/0002/WP18

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Lürken eröffnet die erste Sitzung der neuen Wahlperiode und erläutert noch einmal kurz die geltenden Regelungen der Corona-Schutzverordnung.

In diesem Zusammenhang bittet sie darum, die Redebeiträge möglichst kurz zu halten, um die Länge der Sitzung auf das Notwendigste zu reduzieren.

Anschließend werden die neuen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Stellvertretenden der sachkundigen Bürger durch Ratsfrau Lürken verpflichtet.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Lürken beantragt die Verschiebung der Reihenfolge der versandten Tagesordnung, was einstimmig angenommen wird.

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 4/14

zu 2 Bestellung einer Schriftführerin sowie eines stellvertretenden Schriftführers für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Vorlage: FB 36/0001/WP18

Frau Silke Retterath wird einstimmig zur Schriftführerin des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz, Herr Pütz zum Vertreter bestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bestellt Frau Silke Retterath, FB 36/100, zur Schriftführerin, sowie Herrn Horst Pütz, FB 36/100, zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 06.10.2020

Vorlage: FB 36/0002/WP18

Die Niederschrift der Sitzung des AUK vom 06.10.2020 wird einstimmig mit sieben Enthaltungen genehmigt.

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 06.10.2020

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 7 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

**zu 4 20. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen
hier: Gebührenanpassung**

Vorlage: FB 60/0002/WP18

Frau Dr. Fitter möchte gerne wissen, wenn die Regionetz AG den überwiegenden Teil der Arbeit übernehme, wer den Rest durchführe und anhand welcher Aspekte es zu der Aufteilung komme.

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 5/14

Herr Demmer merkt zudem noch an, dass er positiv wahrnehme, dass die anteiligen Kosten senken, und bittet darum, künftig alle aufgeführten Anlagen auch beizufügen.

Frau Hermanns von der Verwaltung, beantwortet die Frage von Frau Dr. Fitter dahingehend, dass der Teil, der durch die Regionetz AG übernommen wird, hauptsächlich technischer Natur sei und der Rest der Arbeiten durch Personal des FB 36 übernommen werde, wofür der Regionetz jedoch Personalkosten in Rechnung gestellt würden, wie Herr Beigeordneter Dr. Kremer ergänzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 20. Nachtrages zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen.

Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2021 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 5 23. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen hier: notwendige Anpassung der Gebührenhöhe

Vorlage: FB 60/0001/WP18

Ratsherr Kiemes möchte wissen, wie es dazu komme, dass die Stadt Aachen im Ranking des Institus für deutsche Wirtschaft von den 100 größten Städten lediglich Platz 76 belege, was die Kosten der Abwasserbeseitigung angehe, und sogar im Vergleich zum letzten Ranking noch einmal um zwei Plätze gefallen sei.

Frau Herrmanns beantwortet die Frage, dass dies aus ihrer Sicht nicht genau zu beantworten sei, ohne die anderen Kommunen im Detail zu kennen. Ein wichtiger Aspekt sei jedoch, dass der Zustand des Kanalnetzes bei so historischen Städten wie Aachen oftmals schlecht sei. Derzeit sei lediglich ein Viertel des Aachener Kanalnetzes schadensfrei.

Man komme im Gegenteil derzeit nicht hinterher zu sanieren, versuche natürlich auf der anderen Seite auch die Kostensteigerungen für den Bürger so moderat wie möglich zu halten.

Ratsherr Neumann nimmt darauf Bezug und stellt infrage, ob es dann nicht so sei, dass man mittelfristig mit deutlich höheren Kosten kalkulieren müsse, um diesen Sanierungsstau abzuarbeiten.

Hier verweist Frau Hermanns auf die mittelfristige Finanzplanung und vor allem die Grenzen der Haushaltsbudgets. Man müsse sich an den Gesamtkreditrahmen der Stadt halten, da die Stadt immer in Vorfinanzierung gehen müsse, bevor sie die Kosten mittels Gebühren refinanzieren könne.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 23. Nachtrages zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen.

Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2021 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 6 Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award

Vorlage: FB 36/0003/WP18

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Lürken hebt hervor, dass die Stadt Aachen bei diesem Audit rund 84% erreicht habe und meint, sie fände es bedauerlich, dass so wenig davon auch wirklich öffentlich ankomme und gesehen werde. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die hervorragende Arbeit in diesem Thema.

Ratsfrau Brinner weist darauf hin, dass das gesteckte Ziel noch deutlich verfehlt werde, man müsse noch viel Energie in das Thema stecken, daher freue sie sich, dass Herr Beigeordneter Dr. Kremer hier so engagiert im Thema dabei sei. Sie bekräftigt, dass diese vorgestellten Ergebnisse sich auch im Haushalt widerspiegeln müssten und fühlt sich im Bereich der Resultate der Verkehrsimmissionen in ihrem Handeln in Sachen Radentscheid bestärkt.

Herr Dr. Nositschka sieht in den Ergebnissen ebenfalls eine Steilvorlage für die kommenden Haushaltsberatungen. Er hebt positiv die erfreulichen Zahlen für den Strom-Sektor hervor, die jedoch nur zu 13% aus erneuerbaren Energien generiert werden.

Bezüglich des Klimaziels von 1,75 Grad bittet er um Aufklärung, da aus seiner Sicht das Pariser Klimaschutzabkommen 1,5 Grad vereinbart habe. Herr Meiners erörtert, dass man als Verwaltung diese Messgröße schlicht als Mittelwert zwischen den unterschiedlichen veröffentlichten wissenschaftlichen Zielen aus 2 Grad und 1,5 Grad genommen habe.

Ratsfrau Dr. Wolf schließt sich dem Dank an die Verwaltung, insbesondere an Frau Dr. Vankann an und mahnt dazu, bei der Problematik der CO₂-Bilanz des Verkehrs die Anstrengungen zu erhöhen. Sie stellt an die Verwaltung die Frage, wie viele Fördermittel derzeit in diesem Bereich zur Verfügung stünden.

Herr Meiners sagt zu, diese Informationen im Rahmen der Niederschrift nachzureichen. Laut Rückmeldung der verantwortlichen Sachbearbeiterin Frau Dr. Vankann lässt sich aktuell betreffend der Bewerbung um „Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung urbaner Räume“ ergänzen, dass

der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 18.11.2020 eine Auswahl von Förderprojekten beschlossen hat, die in das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 7/14

aufgenommen werden sollen. Dazu gehört auch das Projekt „Grüne Lunge Aachen“ der Stadt Aachen mit einer Bundesförderung von bis zu 1.260.000 €.

Herr Beigeordneter Dr. Kremer hebt hervor, dass es sich bei dem kürzlich verabschiedeten IKSK der Stadt Aachen um eines der ambitioniertesten in ganz Deutschland handle, welches über 80 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von jährlich rund 67 Mio € enthalte. Welche davon wie schnell umgesetzt werden, sei in erster Linie von den haushalterischen Möglichkeiten abhängig.

Aus diesem Grund seien die Maßnahmen hier auch noch nicht präsentiert worden. Jedoch werde man in der nächsten AUK Sitzung Ende Januar die Maßnahmen vorstellen, so dass diese dann noch bis zum Haushaltsbeschluss über mehrere Wochen hinweg in den Fraktionen beraten werden könnten.

Hier sei es dann notwendig, Prioritäten zu setzen unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Kommune.

Ratsherr Kienes fasst zusammen, man sei noch lange nicht am Ziel angekommen, jedoch ließen die in der Vorlage genannten und bereits angestoßenen Projekte durchaus den Schluss zu, dass man wichtige Zwischenziele erreicht habe, für die er der Verwaltung ebenfalls seinen Dank aussprechen wolle.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zu Tätigkeiten rund um den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung sowie die CO₂-Bilanz für die Stadt Aachen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 7 Sachstandsbericht Baumpflanzungen im Straßenraum

Vorlage: FB 36/0006/WP18

Frau Buchkremer stellt dem Ausschuss den derzeitigen Sachstand der gemeinsamen Baumpflanzungen mit E18 anhand der beigefügten Präsentation vor.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Lürken spricht Frau Buchkremer ihren Dank für die bereits erwarteten Informationen aus, die deutlich machen, welchen immensen Umfang diese Maßnahmen besitzen.

Ratsfrau Brinner bedankt sich ebenfalls für die wertvollen Informationen und äußert ihre Hoffnungen, dass alle Fraktionen die zur Umsetzung der Maßnahmen benötigten Haushaltsmittel mit bereitstellen. Ihr Wunsch sei es, dass langfristig E18 die Aufgabe selbst übernehme, die Bäume im nächsten Jahr jedoch auf Grund der noch nicht ausreichenden Personalressourcen durch externe Anbieter gepflanzt werden sollten.

Aus ihrer Sicht sollten FB 36 und E 18 eine Strategie zur gemeinsamen Kooperation erarbeiten, in der es auch darum gehen sollte, welche Art von Bäumen gepflanzt werden.

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 8/14

Zudem kündigt sie einen Antrag auf Änderung der Baumschutzsatzung an, um die Diskrepanz zwischen tatsächlichen Kosten der Baumpflanzungen und der dem Bürger in Rechnung gestellten Gebühren zu erreichen.

Herr Dr. Nositschka regt an, dass man für die Umsetzung der Baumpflanzungen auf regionale Betriebe zurückgreifen solle, die ausbilden und gemäß Tarifvertrag bezahlen würden. Außerdem schlägt er vor, die Kategorisierung der vorhandenen Baumscheiben für die Anwohner sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Frau Buchkremer verweist darauf, dass man eine solche Sichtbarkeit vorhabe und durch die aktuell ausgeschriebene Stelle auch dabei sei, die notwendigen personellen Ressourcen zu schaffen.

Ratsfrau Dr. Wolf trägt vor, dass sie der Meinung sei, dass die Zusammenarbeit zwischen FB 36 und E 18 gut funktioniere und man an dem Thema Arbeitgeber- Arbeitnehmer-Verhältnis weiter arbeiten solle. Sie stellt die Frage, ob es richtig sei, dass derzeit noch mehr Bäume entfallen als nachgepflanzt werden, und ob man davon ausgehen könne, dass an einem Standort auch gleich mehrere Bäume gesetzt werden, um den Pflegeaufwand geringer zu halten.

Herr Formen fügt hinzu, dass leider oftmals die Umgebung der Bäume nicht mit den Anforderungen an die Lebensbedingungen der Bäume harmonisieren würde. Diese Sicht auf die Dinge fehle ihm an der Stelle. Zudem fragt er nach dem Sachstand der Maßnahmen am Adalbertsteinweg.

Frau Buchkremer erläutert, den Adalbertsteinweg habe man seit nunmehr zwei Jahren im Visier und nun ein Büro für Tiefbau beauftragt, so dass die Maßnahme im nächsten Jahr mit den Fördergeldern umgesetzt werden könne.

Frau Stollenwerk vom E 18 meldet sich ergänzend mit zwei Aspekten. Zum einen sei die Zahl der Abgänge in diesem Jahr noch nicht so groß gewesen, so dass man mit den Neupflanzungen dieses Jahr noch über der Zahl der abgegangenen Bäume gewesen sei, zum anderen könne man auch mit der besten Pflege keinen einmal geschädigten Baum mehr retten.

Herr Knörzer merkt hierzu an, dass man aus seiner Sicht bei den Altbäumen zu lange mit dem Handeln gewartet habe. Er regt auf Grund der Problematik mit den unterirdischen Leitungen und den Wurzeln der Bäume an, an solchen Problemstandorten alternativ über die Pflanzung von Sträuchern nachzudenken. Ansonsten solle man auf Baumarten mit deutlicher Krone setzen, um auch den Aspekt der Schattenkühlung in den warmen Monaten möglichst gut auszunutzen.

Ratsherr Ferrari berichtet, er sehe immer eine Reihe gefällter Bäume, wo das Wurzelwerk noch im Boden sei und fragt, wo in diesem Fall die Ersatzpflanzungen vorgenommen würden und was mit dem Wurzelwerk geschehe. Frau Buchkremer antwortet, dass das Wurzelwerk zunächst ebenfalls entfernt werden müsse, um genau an dieser Stelle auch wieder Pflanzungen vornehmen zu können.

Man denke aber auch über eine Reaktivierung der Patenschaften für das Straßenbegleitgrün nach. Ausschussvorsitzende Lürken wünscht, das Thema noch einmal ausführlicher auf die Tagesordnung zu nehmen und regt an, auch zu überlegen, was man bei der Trockenheit tun könne, um die Bäume zu schützen.

Ratsherr Blum bedankt sich für den Vortrag, der allen die Schwierigkeiten aufgezeigt habe und führt an, dass Baumpflanzungen auch immer Aufmerksamkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern erzeugen würden, so dass er ein Wiederaufleben des Patenschaftsprogramms für sehr vielversprechend hält.

Herr Demmer schließt sich dem Dank an und geht auf die Wortbeiträge von Ratsfrau Brinnen und Ratsfrau Dr. Wolf ein. Aus seiner Sicht stellt sich die Zusammenarbeit zwischen FB 36 und E 18 noch nicht ganz so positiv dar, so dass er dies als Diskussionsgrundlage für die Sitzung des Betriebsausschusses des E 18 nehmen möchte.

Herr Schlupp merkt an, dass aus seiner Sicht bereits viel früher etwas hätte passieren müssen, allerdings fände er die derzeitigen Maßnahmen begrüßenswert und regt ebenfalls an, die Privatleute stärker mit einzubinden.

Beigeordneter Dr. Kremer nimmt noch kurz Bezug auf den Wunsch von Herrn Dr. Nositschka nach regionalen Dienstleistungsunternehmen und weist auf die vergaberechtlichen Grenzen des Handelns der Verwaltung hin. Jedoch werde man selbstverständlich, soweit es die Vergabeordnung zulasse, auch auf diese Kriterien Rücksicht nehmen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche Fördermittel für das Jahr 2021 zur Verfügung stehen, um kurzfristig das Ziel einer dauerhaften positiven Baumbilanz und einer signifikanten Steigerung der Anzahl von Stadtbäumen sicherzustellen.

Gleichzeitig ist darzustellen, welche Personal - und Sachmittel für das Jahr 2021 in den Haushaltsentwurf eingeplant wurden, so dass unter Berücksichtigung der Fördermittel, wie z.B. der 1.260.000 EUR des Bundes-Modellprojektes zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen, sichergestellt werden kann, dass dieses Ziel auch erreichbar ist.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt kurzfristig darzulegen, ob die Zielerreichung durch das zur Verfügung stehende Personal im Bereich der Planung und Ausführung der Pflanzungen gewährleistet ist. Sollte das zur Verfügung stehende Personal nicht ausreichend sein, um kurzfristig deutlich mehr neue Bäume zu pflanzen, sind die Pflanzungen an externe Unternehmen zu vergeben.

Schließlich ist die Baumschutzsatzung dahingehend anzupassen, dass sichergestellt ist, dass die zu zahlenden Beiträge im Falle des Ausgleichs von Bäumen für den Ersatz der Kosten angemessen sind, die durch Sanierung einer Baumscheibe, Anschaffung, Pflanzung und Entwicklungspflege entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 10/14

zu 8 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie
Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2020
hier- Verabschiedung des Lärmaktionsplans Aachen, 3. Runde
Vorlage: FB 36/0007/WP18

Ratsherr Neumann zeigt sich erfreut, dass dieser nun endgültig vorliege und möchte gerne auf zwei Maßnahmen eingehen. Zum einen wünscht er sich durch die Verwaltung, dass diese deutliche Worte für die Lärmbelästigung durch Fluglärm gegenüber den Verantwortlichen finde, und zum anderen spricht er den Lärm der getunten Autos und Motorräder im Bereich der Pontstraße an, für deren Sanktionierung es aus seiner Sicht unregelmäßiger Kontrollen durch Polizei und/ oder Ordnungsamt bedürfe.

Er schließt seinen Beitrag mit dem Dank an die Verwaltung.

Ratsherr Kienes schließt sich dem Dank an und betont, wie positiv die rege Beteiligung zu dem Thema sei, auch wenn diese auf der anderen Seite die große Belästigung der Bürgerschaft dokumentiere. Er betont noch einmal die große Belästigung durch Autobahnlärm, auch wenn die Stadt hier keine direkten Einflussmöglichkeiten habe.

Herr Dr. Nositschka bedankt sich ebenfalls und nimmt die Tatsache, dass der Vorteil von Elektrobussen gegenüber normalen Bussen hinsichtlich der Lärmbelastung nur bis zu einer Geschwindigkeit von 30 km/h bestünde, zum Anlass einen Ausbau der Tempo 30 Zonen innerhalb des sonstigen Stadtgebietes in den Raum zu stellen.

Herr Knörzer nimmt Bezug auf die im Güterverkehr oftmals eingesetzten, fast antiquitierten Dieselloks und stellt die Frage, ob und inwiefern die Verwaltung hier Einfluss habe.

Herr Meiners führt aus, dass man mit Straßen NRW in Bezug auf den Autobahnlärm zwar noch einen vergleichbar guten und direkten Austausch pflege, sich dies jedoch bei der Bahn AG deutlich schwerer darstelle, Kommunikation kaum möglich sei und somit auch keinerlei Einflussmöglichkeiten bestünden. Hinzu komme, dass man auf dieser Strecke auch oftmals Loks der belgischen Bahn einsetze, was die Einflussmöglichkeiten noch einmal minimiere.

Ratsfrau Dr. Wolf bekräftigt, dass man den Erläuterungen der Vorlage natürlich zustimmen werde, da man ja bereits ausführlich darüber berichtet habe, könne man den LAP nun auch problemlos verabschieden.

Herr Demmer stellt die Frage, ob der Beschlussentwurf nicht insoweit geändert werden müsse, als dass man die Empfehlung an den Mobilitätsausschuss genau wie das Wort „zustimmend“ herausnehmen müsse. Herr Nießen möchte zumindest die Empfehlung an den Mobilitätsausschuss auf Grund der im AUK vorhandenen Expertise im Beschluss stehen lassen. Herr Meiners bestätigt, dass eine solche Empfehlung durchaus zur Vorgehensweise der Vergangenheit gehört habe.

Herr Beigeordneter Dr. Kremer regt an, das „zustimmend“ aus der Kenntnisnahme jeweils zu streichen und die Empfehlung an den Rat stehen zu lassen.

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 11/14

Herr Schlupp merkt an, dass ihn die Wortwahl der „Lärmbelästigung“ störe und aus seiner Sicht der Aspekt, dass Lärm Stress auslöse und krank mache, in der Vorlage fehlt.

Frau Dr. Fitter möchte noch einmal für das Thema der Tempo 30 Zonen in der Innenstadt sensibilisieren. Sie regt an, hier die Kontrollen der Einhaltung zu verschärfen um die Steuermöglichkeiten der Verwaltung zu optimieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, den Lärmaktionsplan in der vorliegenden Fassung zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung der dort benannten Maßnahmen zu beauftragen.

Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt – nach Beschluss im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz – die notwendige Berichterstattung gemäß § 47 d Abs. 7 Bundesimmissionsschutzgesetz vorzunehmen und den Lärmaktionsplan Aachen, 3. Runde mit den erforderlichen Unterlagen bei den zuständigen Behörden zu melden. Auf den Vorbehalt der weiteren Beratungsfolge und des abschließenden Ratsbeschlusses ist hinzuweisen.

Nach Vorliegen des Ratsbeschlusses ist der damit verabschiedete Lärmaktionsplan Aachen öffentlich bekannt zu machen; ggf. erforderliche Korrekturmeldungen an die o.g. zuständigen Behörden sind vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, fortlaufend über den Sachstand der Umsetzung berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 9 Über- und außerplanmäßige
Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsjahr 2020;
Produkt 021501, Brandbekämpfung: Instandsetzung eines Löschfahrzeugs
Vorlage: FB 37/0001/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen zu der Vorlage

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, seine Zustimmung

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021

Seite: 12/14

zur Genehmigung überplanmäßiger Auszahlungen i.H. von 49.816,67 € zum Produkt 021501 – Brandbekämpfung – zur Durchführung einer Instandsetzungsmaßnahme am Löschfahrzeug AC-6086 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Sachstandsbericht "Umsetzung Maßnahmen IKSK" gemäß Tagesordnungsantrag der Grünen-Fraktion vom 24.11.2020

Vorlage: FB 36/0008/WP18

Ratsfrau Brinner bedankt sich für die kurzfristige Bereitstellung der Informationen, sie sei positiv überrascht gewesen, wie viel bereits in die Wege geleitet worden sei.

Sie bittet darum, den Punkt 1.4 (Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit Bestandsgebäuden) nicht aus dem Blick zu verlieren, da dieser aus ihrer Sicht große Auswirkungen habe.

Herr Formen ergänzt dazu, dass aus seiner Sicht das Sanieren von Bestandsgebäuden vor dem Abreißen stehen solle, und er diese Vorgehensweise für den Klimaschutz für unerlässlich halte.

Ratsherr Kiemes ist hier anderer Auffassung und bezieht sich auf die seit 2014 in Passivbauweise errichteten Neubauten. Somit würde er aus energetischer Sicht bei maroden Altbauten oftmals das Abreißen und Neubauen bevorzugen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zu den im Antrag aufgeführten Maßnahmen zur Kenntnis. Der Antrag gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Lürken
«SINAME»

Retterath
Ausdruck vom: 20.01.2021
Seite: 13/14

(Ausschussvorsitzende)

(Schriftführerin)

Gesehen

Keupen
(Oberbürgermeisterin)

«SINAME»

Ausdruck vom: 20.01.2021
Seite: 14/14